



# „Net schwätze, schaffe!“

Tanja Gönner,

Umweltministerin in Baden-Württemberg,  
über Klimaschutz, Atomkraftwerke

und den ökologischen Kurs der CDU



Im Foyer des Umweltministeriums in Stuttgart hängen drei graue Tafeln. Grüne, gelbe und rote Lämpchen leuchten darauf, zeigen den momentanen Verbrauch an Strom, Wasser, Wärme. Die Mitarbeiter sollen so zu sparsamem Verhalten motiviert werden – manche zögen nun, berichtet ein Beamter, allabendlich durch das Ministerium und schalten Lichter aus. Um fünf Prozent ist der Verbrauch in den letzten fünf Jahren gesunken, „von ohnehin niedrigem Niveau“, wie Umweltministerin Tanja Gönner, 38, versichert. Als einziges Ministerium bundesweit wurde ihr Haus bereits zum dritten Mal mit dem EU-Ökosiegel EMAS ausgezeichnet. Aber auch in anderen Bereichen stiehlt die Christdemokratin dem SPD-Bundesumweltminister Sigmar Gabriel die Show.

**GPM: Frau Ministerin, Sie als CDU-Frau gehen beim Klimaschutz in etlichen Punkten weiter als Ihr SPD-Kollege in Berlin. Wie kommt das?** TANJA GÖNNER: Ich glaube, dass man sich in manchen Fragen von gewohntem parteipolitischen Denken verabschieden sollte. Wir in Baden-Württemberg überlegen uns einfach, was sind die Probleme, wie kann man die lösen, und wie bekommt man ein gutes Miteinander hin von Ökonomie und Ökologie. Oder auf Schwäbisch: Net schwätze, schaffe! So haben wir auch die Diskussion um das Erneuerbare-Wärme-Gesetz geführt ...

**... das zu Jahresbeginn in Kraft getreten ist und erheblich weiter geht als das, was in Berlin beschlossen wurde.** Ja, wir schreiben seit 1. Januar verbindlich vor, dass jedes neu gebaute Wohngebäude in Baden-Württemberg mindestens 20 Prozent seines Wärmebedarfs aus erneuerbaren Energien decken muss. Dabei ist egal, welche Technologie benutzt wird, ob Sonnenkollektoren, Holzpellettheizungen, Erdwärme oder andere. Und ab 2010 müssen dann auch Altbauten, bei denen die Heizungsanlage erneuert wird, zehn Prozent der Wärme aus regenerativen Quellen decken.

**Eine solche Pflicht für Altbauten, von denen es ja viel mehr gibt als von neuen Gebäuden, brachte die Bundesregierung in ihrem Klimapaket nicht zustande – wegen Widerständen der CDU/CSU.** Bei der Frage liegt der Teufel im Detail: Gabriels Gesetzentwurf hatte die Verpflichtung an komplizierte Bedingungen geknüpft, weshalb sie von vielen Hauseigentümern leicht hätte unterlaufen werden können. Da fand auch ich: Man soll nicht nur den Eindruck erwecken, man mache etwas zur Pflicht; dann sollte man das lieber gleich streichen.

**Könnte man Ihr Landesgesetz nicht einfach auf Bundesebene übertragen?** Ja. Man müsste bloß im Detail einiges ändern, bei den Vollzugsvorschriften zum Beispiel.

**Werden Sie in der CDU/CSU dafür werben?** Natürlich. Ich werde noch mal nach Berlin fahren und unser Gesetz im Umwelt- und im Wirtschaftsausschuss detailliert erklären. Ohnehin wird das Klimapaket im Bundestag noch verändert werden. Es kam ja unter großem Zeitdruck zustande, weil es – zu Recht – zur Klimakonferenz von Bali fertig sein sollte. Jetzt wird das übliche Gesetzgebungsverfahren durchgeführt, in dieser Phase hatten wir in Baden-Württemberg auch noch Änderungen. Ich sage ganz bewusst: Wenn wir viel Geld für Förderprogramme im Gebäudebereich in die Hand nehmen, dann kann man es auch mit Pflichten verbinden.

**In CDU und CSU gilt Ordnungsrecht – also klare Vorschriften – immer noch als Teufelszeug, man bevorzugt unverbindliche Selbstverpflichtungen der Industrie.** Der Markt kann nicht alles regeln. Als Politiker hat man dann zwei Möglichkeiten: Man setzt Anreize, oder man macht Vorgaben. Nun haben wir beim Energiesparen und in der Gebäudesanierung über viele Jahre und in erheblichem Maße finanzielle An-

reize gesetzt – und sind trotzdem nur schleppend vorangekommen. Dann muss ich sagen: Der Schritt zu Vorschriften ist sinnvoll. Unsere Pflicht zum zehner- bzw. zwanzigprozentigen Anteil von Öko-Energie ist ja überschaubar. Das schafft jeder und spart sogar noch Geld! Das Wesentliche am Ordnungsrecht ist die konkrete Ausgestaltung. Es ist sicher problematisch, mit strikten Verboten oder Geboten zu arbeiten. Aber wir sagen ja: Ihr habt eine Pflicht – wie ihr die erfüllt, ist eure Sache. Das ist Ordnungsrecht im Sinne der sozialen Marktwirtschaft.

**Sie sind auch in anderen Punkten weiter als Sigmar Gabriel – als Ihre Partei sowieso: Als im letzten Jahr neue Regeln zum Emissionshandel festgelegt wurden und die Kohlelobby dagegen Sturm lief, waren nur Sie es, die im Bundesrat offen Paroli bot.** Das hat mir hinterher auch Probleme beschert. Ich erinnere mich noch gut an den Anfang der Debatte, 2006 war das. Da waren wir aus Baden-Württemberg die ersten, die gefordert haben, dass die Emissionszertifikate nicht mehr vollständig verschenkt werden, sondern dass die Wirtschaft zumindest für zehn Prozent zahlen soll. Da gab es ein heftiges Wortgefecht zwischen mir und dem Staatssekretär im Bundesumweltministerium ...

**... dem beamteten Staatssekretär, Matthias Machnig, der aus dem Kohleland NRW stammt.** Er sagte, es sei ja klar, von wem dieser Vorschlag komme.

**In Baden-Württemberg ist der Anteil an Atomstrom hoch, und AKWs brauchen keine CO<sub>2</sub>-Zertifikate.** Ich antwortete damals, ihm könnte man ebenso regionale Klientelwirtschaft vorhalten. Aber ich bin wirklich davon überzeugt, dass man Firmen zur Kasse bitten muss, die viele Treibhausgase verursachen. Damals gab mir niemand eine Chance, die Versteigerung zumindest eines Teils der Zertifikate zu verwirklichen. Mit viel Überzeugungsarbeit – auch in unserer Bundestagsfraktion – haben wir es schließlich geschafft. Seitdem gelte ich als Gegnerin der Kohle, aber das stimmt nicht. Ich sage nur: Wir müssen eine wirkliche Änderung des Energiemixes hinkriegen – und das tut natürlich manchmal weh. Aber genauso sage ich auch: Wo ein neues Kohlekraftwerk entsteht und ein altes abgeschaltet wird, nützt das dem Klima.

**Das ist ein Propagandatricks der Kohlelobby: Für keines der bundesweit geplanten Projekte werden im gleichen Umfang alte Kraftwerke stillgelegt. Gehen überhaupt Altanlagen vom Netz, sind sie viel kleiner. Und unterm Strich steigt der CO<sub>2</sub>-Ausstoß.** Ich sage, Ersatzbauten sind sinnvoll, denn die höhere Effizienz neuer Anlagen ist gut fürs Klima. ☺



**Weiter als die Bundesregierung sind Sie auch bei der Ökosteuer: Sie fordern, die Ökosteuer-Ermäßigung für energieintensive Unternehmen künftig nur noch zu gewähren, wenn die ein „Energiemanagement“ einführen. Das wollte auch Sigmar Gabriel, wurde aber von der CDU ausgebremst.** Ich will nicht bewerten, warum der Vorschlag vom Tisch ist. Aber ich finde ihn komplett einleuchtend: Wenn jemand eine Ermäßigung auf das möchte, was er eigentlich an den Staat zahlen muss, dann hat der Staat auch das Recht, Voraussetzungen dafür zu benennen. Und die kann bei der Ökosteuer ja nicht einfach nur ein hoher Stromverbrauch sein. Im Übrigen ist es doch das ureigenste Interesse eines energieintensiven Unternehmens, nach Einsparpotenzialen zu suchen. Genau dabei hilft ein Energiemanagement. Dass daran die Steuerermäßigung gebunden wird, halte ich nach wie vor für richtig.

**Und für durchsetzbar?** Zunächst bin ich Umweltministerin eines Bundeslandes und mache meine Arbeit hier, dann kann ich ab und zu noch einen Vorschlag für die Bundesebene machen. Und da konzentriere ich mich jetzt auf das Wärmegesetz.

**Ist es auf Landesebene eigentlich einfacher, Klimaschutz durchzusetzen?** In Baden-Württemberg habe ich bislang keine Schwierigkeiten. Denn wir haben einen Ministerpräsidenten, dem das Umweltthema wichtig ist, das gleiche gilt für den Fraktionschef im Landtag oder den Generalsekretär der Landes-CDU. Natürlich muss ich auch hier Überzeugungsarbeit leisten. Aber mit guten Argumenten habe ich es bisher immer geschafft. Auf Landesebene ist man auch viel näher an den Akteuren, beim Wärmegesetz beispielsweise an den Handwerkern, den Heizungsbauern, deren Berufsverbänden.

**Ist man auf Landesebene vielleicht auch näher an den Problemen? Sie sehen genau, was der Klimawandel für Baden-Württemberg bedeuten wird.** Wir lassen derzeit in zwei Forschungsprojekten die Auswirkungen des Klimawandels auf Gesundheit, Landwirtschaft oder ganz allgemein auf die einzelnen Regionen herunterbrechen. Die Anpassung an das, was wir bereits an Erderwärmung verursacht haben, droht ja bei der gesamten Klimadiskussion unterzugehen. Beispielsweise werden wir in Baden-Württemberg mehr Extremwetterereignisse bekommen, mehr Starkregen und damit auch häufigere und schwerere Fluten. Deshalb legen wir schon heute bei allen Hochwasserschutzmaßnahmen einen Klimazuschlag zwischen 15 und 25 Prozent drauf.

**Die Durchschnittstemperatur hat sich in Baden-Württemberg in den vergangenen 50 Jahren bereits um 1,5 Grad Celsius erhöht, heute gibt es pro Jahr 30 Frosttage weniger. Ski fahren im Schwarzwald dürfte bald der Vergangenheit angehören.** Naja, in diesem Winter haben wir mal wieder guten Schnee. Aber vor zwei Jahren hatte ich eine kleine Auseinandersetzung mit dem Bürgermeister von Feldberg im Schwarzwald. Er bestand darauf, dass man dort auch künftig Ski fahren kann. Für Feldberg mag das stimmen, aber verlässlichen Schnee werden wir nur noch in wenigen Höhenlagen haben. Wenn die Orte auch in Zukunft Touristen anlocken wollen, müssen sie schon heute anfangen, neben dem Skifahren auch andere Angebote zu machen.

**Was sollen die Orte tun?** Sie müssen mehr auf Wellness setzen, können Winterwanderungen anpreisen oder ganz allgemein die Schönheit des Schwarzwaldes. Den kann man im Sommer wie im Winter attraktiv in Szene setzen. Aber solche Umstellungen brauchen Zeit.

**Sie sind - trotz Ihrer Jugend - bereits seit 21 Jahren CDU-Mitglied. Warum ist es in dieser Partei so schwer, ernsthaften Umwelt- oder Klimaschutz zu betreiben?** Die CDU hat sich immer als Partei verstanden, die sehr nah an der Wirtschaft ist und an breiten Teilen der Bevölkerung. Deshalb hat sich Umweltpolitik für sie häufig in Naturschutz erschöpft. In der CDU lautet die Grundüberzeugung: Lass uns erstmal schauen, wie der Markt es regelt.

**Der Report von Nicholas Stern, dem Ex-Wirtschaftsberater der britischen Regierung, sagt unmissverständlich: „Der Klimawandel ist der größte Fall von Marktversagen, den die Welt gesehen hat.“** Genau. Wir hatten ja bei Gründung der Bundesrepublik die Grundidee der sozialen Marktwirtschaft. Nach dem Fall des eisernen Vorhangs gab es dann einen Trend, das Kapital und den Markt frei walten zu lassen. Dass das nicht funktioniert, wird mittlerweile auch in der CDU wahrgenommen. Die Frage ist doch, wie man Wirtschaft und Umwelt zusammenbringt. In Baden-Württemberg sind wir nicht nur führend im Automobilbau, sondern auch in der Umwelttechnologie. Man hat begriffen, dass das ein Bereich ist, in dem man Geld verdienen kann. Deshalb gibt es für das Thema auch in der Union immer mehr offene Ohren. Außerdem tauchen Umweltschäden am Ende immer in den Staatshaushalten auf. Wenn wir die nachhaltig konsolidieren wollen, müssen wir auch klar sagen, dass derjenige die Kosten für Umweltschäden tragen muss, der sie verursacht.

„Die Autohersteller müssen deutlich mehr tun als bisher.“

**Und ein Bäckermeister aus Bayern - nämlich Wirtschaftsminister Michael Glos - der lernt das schwerer als jemand aus einem Hochtechnologieland? Ich möchte mich Glos ein Stück weit in Schutz nehmen. Es ist völlig klar, dass sich Umwelt- und Wirtschaftsminister ab und zu mal kabbeln. Täten sie es nicht, wären alle traurig, gerade die Journalisten. Von einem Wirtschaftsminister wird zunächst erwartet, dass er die Vorstellungen der Wirtschaft vertritt. Aber auch die wandeln sich ja: Kürzlich hat der BDI eine Studie vorgelegt, nach der eine Senkung des deutschen Treibhausgasausstoßes um 26 Prozent problemlos und ohne zusätzliche Kosten machbar ist.**

**Ihre Landes-CDU hat sich aus Klimagründen für höhere Flugpreise ausgesprochen. Aber ein entsprechender Antrag ist auf dem letzten Bundesparteitag untergegangen. Der Antrag wurde in den Bundesvorstand überwiesen.**

**Wer Parteitage kennt, der weiß, dass das meist eine Beeridigung zweiter Klasse ist. Nein. Der Bundesvorstand hat eine Kommission für Umwelt, Klima- und Ver-**





braucherschutz ins Leben gerufen, die den nächsten Bundesparteitag vorbereitet. Dort wird der Antrag nun behandelt, und da werde ich versuchen, dass die Idee der Klimaabgabe auf Flugtickets aufgenommen wird. Hätte der Parteitag „Nein“ gesagt, hätte die Kommission den Vorschlag nicht mehr befürworten können.

**Wer es mit Klimaschutz ernst meint, müsste eine Kerosinsteuer fordern. Bisher ist dieses von der Mineralölsteuer befreit.** Die Forderung hört sich gut an, kann aber nur europaweit umgesetzt werden.

**Das Umweltbundesamt hat ein Modell erarbeitet, wie eine Kerosinsteuer auch national umsetzbar ist. Noch einfacher könnte man die Mehrwertsteuerbefreiung auf Auslandsflüge zurücknehmen. Das Flugzeug wird gegenüber anderen Verkehrsmitteln ja regelrecht subventioniert.** Die Klimaabgabe wäre jedenfalls ein erster Schritt. Das Thema Fliegen wird ja nicht nur in der CDU sehr vorsichtig angegangen. Meine Devise ist: Steter Tropfen höhlt den Stein, übrigens auch in meiner Partei.

**Macht Ihnen Ihre Arbeit eigentlich Spaß?** Ja. Vielleicht, weil Sie da viel Basisarbeit machen müssen, viel Überzeugungsarbeit zu leisten haben.

**Andere Umweltpolitiker in der Union klingen oft resigniert.** Auf Landesebene hat man einfacher Erfolge. Aber klar, wenn ich die nicht hätte ... Natürlich führe auch ich manchmal Diskussionen, da schütteln Sie den Kopf und fragen sich, wie oft Sie noch bei Adam und Eva anfangen müssen. Aber das geht den Kollegen in der SPD oder der FDP kaum anders. Das Entscheidende ist immer: Sie dürfen sich nicht frustrieren lassen!

**Umweltschutz ließe sich sehr leicht als CDU-Thema verkaufen, Maßhalten ist doch eine urkonservative, christliche Tugend.** Natürlich! Nur hat diese Einsicht bei uns leider ein bisschen gedauert. Aber jetzt ist es angekommen, der umweltpolitische Teil des neuen Grundsatzprogramms wurde ohne großen Streit beschlossen.

**Wie überzeugen Sie Leute vom Klimaschutz? Haben Sie ein Erfolgsrezept?** Indem ich versuche, die großen Fragen herunterzubrechen auf den Einzelnen. Ich bin sehr viel

unterwegs, ich gehe bewusst in die Schulen, denn je früher Sie ansetzen, desto besser. Und ich verdeutliche immer wieder, welche negativen wirtschaftlichen Folgen versäumter Klimaschutz hätte. Welche Maßnahmen sich auch für jeden Einzelnen auszahlen.

**Dann ist es gut, dass die Energiepreise steigen!** (lacht, hebt die Arme) Klar, auf dieser Basis werden Klimaschutzmaßnahmen früher wirtschaftlich.

**Trotz aller Verdienste im Klimaschutz haben auch Sie im Dezember in den schrillen Chor der Kritiker eingestimmt, als Brüssel die Vorschläge für CO<sub>2</sub>-Grenzwerte bei Pkw veröffentlichte. Müssen Sie so etwas ab und zu tun, um Ihre Bastionen zu sichern?** So wie der Vorschlag aus Brüssel jetzt aussieht, wird unter dem Deckmantel des Klimaschutzes pure Industriepolitik betrieben. Da muss man auch als Umweltpolitiker mal sagen: Stopp! Die Regelung belastet einseitig große Fahrzeuge und vergisst, dass auch Kleinwagen noch Potenzial zur CO<sub>2</sub>-Minderung haben. Sie würde französische oder italienische Hersteller aus der Verantwortung entlassen.

**Dieses Argument ist ein geschicktes Ablenkungsmanöver von Mercedes, Porsche & Co. Es ist, als ob ein Verschwenker einem Sparsamen sagt: Wenn ich sparen soll, musst Du aber noch mehr sparen!** Natürlich müssen die großen Autos ihren Teil leisten. Doch die Masse der verkauften Autos sind mittlere und kleine.

**Aber die großen Autos legen pro Jahr viel mehr Kilometer zurück.** Ich sage den Autoherstellern bei uns im Land ganz klar: Ihr müsst deutlich mehr tun, als ihr bisher gemacht habt. Ich glaube übrigens, dass das angekommen ist. Die IAA war noch nie so grün wie im letzten Jahr.

**Die Werbung wird immer grüner, aber die verkauften Autos sind immer noch Spritschleudern.** Ich gebe zu, dass es Fahrzeuge gibt, die würden für mich im Gebrauch auch nicht in Betracht kommen.

**Beim Ökostrom ist die baden-württembergische Bilanz ziemlich mau. Mit einem Anteil von zwölf Prozent am Gesamtverbrauch liegen Sie unter dem Bundesschnitt.** Zunächst muss man sehen, dass wir innerhalb von drei Jahren von acht auf zwölf Prozent gekommen sind. Fast wöchentlich gehen hier große Fotovoltaikanlagen ans Netz.

**Aber bei der Windkraft sind andere Länder viel weiter als Sie, nicht nur die an der Küste, sondern auch Sachsen-Anhalt oder Brandenburg. Warum taucht Windenergie im baden-württembergischen Klimaschutzkonzept nicht ein einziges Mal auf?** Es gibt viele Vorbehalte hier im Land. Im Oktober haben wir den bisher größten Windpark im Nordschwarzwald eingeweiht, aber davor gab es eine sehr schwierige Diskussion. Der Landtag musste eine Entscheidung des Petitionsausschusses überstimmen, der sich Bürgerproteste zu eigen gemacht hatte. Gestern erst war ich in einem Dorf, da stand am Ortsausgang ein großes Schild: „Windräder sind schädlich für Mensch, Tier und Landschaft.“





Ministerin Tanja Gönner und Autor Toralf Staud

Eine solche Einstellung wird von CDU-Politikern wie Roland Koch in Hessen bewusst gefördert. Sie könnten doch vorangehen und fragen: Wollt Ihr lieber ein AKW im Vorgarten oder ein Windrad? Das finde ich ein bisschen sehr plastisch.

So ist es aber! Ein bisschen ist das wie beim Müll: Jeder produziert welchen. Jeder weiß, er muss beseitigt werden. Aber keiner will ihn vor seiner Tür. Wir haben jetzt landesweit Vorranggebiete für Windkraft ausgewiesen, damit kann sich der Ertrag aus Windkraftanlagen verdreifachen. Aber dann liegen wir immer noch nur bei 1,5 bis 1,8 Prozent des Bedarfs.

Hermann Scheer von Eurosolar wirft Ihnen wie auch Hessen und Bayern vor, die Windkraft zu behindern, um den AKWs lästige Konkurrenz zu ersparen. In Baden-Württemberg gibt es einfach nicht so viele windgünstige Standorte. Unsere Stärken sind Biomasse, etwa Holzhackschnitzel-Kraftwerke, oder auch die Wasserkraft. Da kann man allein durch Erneuerung bestehender Anlagen 20 Prozent mehr rausholen. Wir setzen große Hoffnungen in die Erdwärme, deshalb soll im Lande demnächst ein neues Institut für Tiefengeothermie eingerichtet werden.

Gleichzeitig fordern Sie längere Laufzeiten für AKWs. Ja, aus Klimaschutzgründen! Was wir fordern, ist übrigens eine Rücknahme der Laufzeitverkürzung durch den Atomkonsens, das ist ein wichtiger Unterschied. Die Energieversorger wollen Geld verdienen, das ist normal. Die sagen, wenn wir Kernkraftwerke abschalten, brauchen wir Ersatz. Die erneuerbaren Energien reichen nicht. Irgendwo muss der Strom doch herkommen, und er kommt leider nicht einfach aus der Steckdose.

Wir haben keinen Strommangel in Deutschland. 2006 gab es Netto-Strom-Exporte von 20 Terawattstunden. Das entspricht der Leistung von fünf bis sechs Großkraftwerken. Das Problem ist: Wenn der Energieversorger sagt, er benötige ein Kraftwerk, dann muss ich den Antrag nach Bundesimmissionsschutzgesetz prüfen und habe nur ganz wenige Möglichkeiten, ein zulässiges Vorhaben nicht zu genehmigen. Das Argument, wir seien Stromexporteur, zählt immissionsschutzrechtlich nicht.

Sie könnten Kohlendioxid als Luftschadstoff definieren und einen zulässigen Grenzwert pro Kilowattstunde erzeugten Strom festlegen. Oder, was noch einfacher wäre, Sie

könnten eine generelle Pflicht formulieren, dass neue Kraftwerke KWK-Anlagen, also Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen sein müssen. Ihre Abwärme müsste dann sinnvoll genutzt werden. Das ist ja nun ein ganz anderes Thema. Wenn wir auch künftig Kohle zur Stromerzeugung nutzen wollen, muss die Effizienz steigen – zum Beispiel durch KWK. Entscheidend ist, dass das Herunterfahren der Atomkraftwerke zu einem Hochfahren der Kohlekraft führen wird und damit zu einer Verschlechterung der CO<sub>2</sub>-Bilanz. In Baden-Württemberg kommt immer noch rund die Hälfte des Stroms aus der Nutzung der Kernkraft. Die können wir auf die Schnelle nicht ersetzen. Die Entscheidung für Atomkraftwerke ist vor 50 Jahren gefallen, wir brauchten den Strom für den Wohlstand, den wir uns hart erarbeitet haben. Und weil die Bundesrepublik ein rohstoffarmes Land ist ...

#### STREITBARE UMWELTPOLITIKERIN

Tanja Gönner, 38, trat als 17-Jährige in die Junge Union ein, machte dort zügig Karriere und brachte es bis zur Vize-Bundvorsitzenden. Vor dem Einstieg in die Berufspolitik studierte sie Jura, arbeitete als Anwältin und Insolvenzverwalterin. Seit 2000 ist Gönner Mitglied im CDU-Bundesvorstand. Von 2002 bis 2004 saß sie im Bundestag, dann holte der damalige Ministerpräsident Erwin Teufel sie als Sozialministerin zurück nach Stuttgart. Seit fast drei Jahren ist sie nun baden-württembergische Umweltministerin – und eine der wenigen profilierten Umweltpolitiker(innen) in der Union.

... Moment, Uran wird zu 100 Prozent importiert! Ja, aber anders als Gas kommt es aus relativ demokratischen Verhältnissen.

Ein Fünftel des Urans für deutsche AKWs kommt aus Russland. Aber mehr als die Hälfte aus Kanada und Australien. Dass die Menschen Bauchschmerzen bei dieser Technologie haben, nehme ich sehr aufmerksam zur Kenntnis.

Wenn Sie die Laufzeiten der alten Atomkraftwerke wirklich verlängern, würden die Netze mit billigem Strom überschwemmt werden. Der Druck zur Umstellung auf wirklich zukunftsfähige Stromquellen wäre damit schlagartig weg, und die großen Energiekonzerne könnten so weitermachen wie bisher. Deshalb schlagen wir ja auch vor, dass 50 Prozent der Gewinne, die durch die längeren Laufzeiten erwirtschaftet werden, in einen Fonds gehen müssen, aus dem die erneuerbaren Energien gefördert werden.

Warum nur 50 Prozent? Also, in aller Freundschaft! Jeder in der Wirtschaft wird schon das für eine Zustimmung halten.

Die Strukturen der deutschen Energiewirtschaft – vier Konzerne besitzen nicht nur 80 Prozent der Kraftwerkskapazitäten, sondern auch fast 100 Prozent der Verteilernetze – sorgen für unnötig hohe Preise und bremsen den Ausbau der erneuerbaren Energien. Unterstützen Sie den Vorschlag der EU zur Trennung von Kraftwerken und Netzen? Ich gebe offen zu, dass ich mir da noch keine endgültige Meinung gebildet habe.

Sogar die Deutsche Bank fordert den Staat hier zum Eingreifen auf. Naja, solange es einen selbst nicht betrifft, ist das auch einfach.

DAS GESPRÄCH FÜHRTE TORALF STAUD